

BUNDESTAG AKTUELL

Andreas Mattfeldt MdB

OSTERHOLZ VERDEN

Berlin, 25. November 2011

Schwaneweder zu Besuch in Berlin

Gestern hat mich Bürgermeister Stehnen mit fünf Gemeinderatsmitgliedern in Berlin besucht. Anlass der Berlinreise ist die geplante Schließung des Bundeswehrstandortes in Schwanewede. Die Gruppe um Bürgermeister Harald Stehnen war hier in Berlin, um Gespräche zu führen, wie die Gemeinde unterstützt werden kann, die Probleme im Zusammenhang mit der Schließung des Standortes zu bewältigen und die sich dadurch eröffnenden Chancen zu nutzen.

Ich bin seit Bekanntgabe der Schließungsentscheidung in regem Austausch mit dem Bürgermeister der Gemeinde Schwanewede, dem Standortkommandeur und dem Landrat. Gemeinsam versuchen wir nun dafür zu sorgen, dass Schwanewede den Abzug der Bundeswehr gut verkraftet.



Natürlich stand jedoch nicht nur der Besuch in meinem Berliner Büro auf dem Programm, sondern die Schwaneweder wollten selbstverständlich auch das touristische Highlight—die Reichstagskuppel—besichtigen.

Renten steigen—Beitragssatz zur Rentenversicherung sinkt

Die unionsgeführte Bundesregierung hat Deutschland gut durch die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise geführt.

Der Arbeitsmarkt ist in der besten Verfassung seit 20 Jahren: Mehr als 41 Millionen Menschen sind erwerbstätig; die Zahl der Arbeitslosen ist deutlich unter die 3-Millionen-Marke gesunken; in diesem Jahr gab es deutliche Lohnerhöhungen von drei, vier Prozent und mehr. Die ausgezeichnete Entwicklung am Arbeitsmarkt füllt auch die Rentenkasse. Ihre Rücklage wird Ende 2011 fast 24 Mrd. Euro betragen und nähert sich damit der zulässigen Höchstgrenze des 1,5fachen einer Monatsausgabe an.

Diesem Erfolg der christlich-liberalen Politik ist es zu verdanken, dass die Renten im Sommer des nächsten Jahres voraussichtlich um 2,3 Prozent im Westen und 3,2 Prozent im Osten ansteigen werden.

Aber auch die Beitragszahler profitieren von dieser Entwicklung: Das Bundeskabinett hat am vergangenen Mittwoch beschlossen, den Beitragssatz für die Rentenversicherung zum 1. Januar 2012 von 19,9 auf 19,6 Prozent zu senken.

Mit diesem Schritt entlasten wir die Arbeitnehmer und Arbeitgeber insgesamt um je 1,3 Mrd. Euro und stärken in einem schwieriger werdenden Umfeld das Wachstum in Deutschland.

Wachstumsorientierte Haushaltskonsolidierung schreitet voran

In dieser Woche haben wir die Haushaltsberatungen für das Jahr 2012 abgeschlossen. Mit der geplanten Kreditaufnahme in Höhe von 26,1 Mrd. Euro haben wir die Neuverschuldung gegenüber dem Regierungsentwurf um weitere 1,1 Mrd. Euro abgesenkt. Das sind nicht nur 22,3 Mrd. Euro weniger als für 2011 geplant waren, sondern damit unterschreiten wir auch die zulässige Grenze der Schuldenbremse um mehr als 14 Mrd. Euro. Ob wir im kommenden Jahr den Neuverschuldungsrahmen von 26,1 Mrd. Euro ausschöpfen werden, wird sich Ende 2012 zeigen. Für das laufende Jahr zeichnet sich ab, dass wir statt der geplanten 48,4 Mrd. Euro Neuverschuldung mit einem Ist-Wert von weniger als 25 Mrd. Euro neuer Schulden das Jahr 2011 abschließen können. Auch dies ist ein Erfolg der unionsgeführten Bundesregierung.

Unser Konsolidierungskurs schließt die erforderliche Stärkung der Wachstumskräfte ein. Aufgrund der sich abschwächenden Konjunkturerwartungen haben wir in den Planungen für 2012 auf noch weitergehenden Schuldenabbau verzichtet. Wir halten die Ausgaben stabil und setzen Akzente in Zukunftsbereichen.

Gegenüber dem Regierungsentwurf erhöhen wir deshalb die Mittel für Investitionen in die Infrastruktur um eine Mrd. Euro—diesen Vorschlag habe ich in die Haushaltsberatungen eingebracht. Für Maßnahmen im Bereich der Bundesfernstraßen stehen 600 Mio. Euro zur Verfügung, im Bereich Bundeswasserstraßen 300 Mio. Euro und für Schienenwege 100 Mio. Euro.

Gestern habe ich zum Familienetat gesprochen. In diesem Bereich haben wir in den parlamentarischen Beratungen die Mittel für das Elterngeld um 300 Millionen Euro erhöht. Das Elterngeld ist ein voller Erfolg und wir mussten die Mittel erhöhen, weil die Löhne erfreulicherweise steigen und zunehmend mehr Gebrauch gemacht wird von den Vätermonaten. Außerdem haben wir sieben Millionen Euro zur finanziellen Unterstützung ungewollt kinderloser Paare zur Verfügung gestellt und die Entschädigung



misshandelter Heimkinder geregelt—der Bundestag stellt hierfür verteilt über vier Jahre insgesamt 40 Millionen Euro zur Verfügung.

Dem Bereich Bildung und Forschung stehen für 2012 insgesamt knapp 13 Mrd. Euro zur Verfügung. Das ist eine Steigerung um mehr als elf Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der ursprünglich im Regierungsentwurf vorgesehene Haushaltsansatz für die Städtebauförderung von 410 Mio. Euro wird um 45 Mio. Euro aufgestockt.

Der Bundeshaushalt 2012 steht im Lichte unserer europäischen Verantwortung. Wir können bereits in diesem Jahr die 3% - Nettoneuverschuldungsgrenze wieder einhalten und werden sie auch 2012 deutlich unterschreiten. Überdies steuern wir – über die mittelfristige Finanzplanung – darauf hin, entsprechend dem verschärften Stabilitäts- und Wachstumspakt die 60%-Schuldenstandsmarke wieder einzuhalten, ausgehend von einem Wert von voraussichtlich 81,6% in 2011. Deutschland zählt zu den haushaltspolitischen Vorbildern in Europa.

Höchster Stand der Erwerbstätigkeit seit der Wiedervereinigung

Im dritten Quartal 2011 ist die Zahl der Erwerbstätigen auf rund 41,2 Millionen gestiegen. Das waren 495.000 Personen oder 1,2% mehr als vor einem Jahr. Nach den vorläufigen Berechnungen des Sta-

tistischen Bundesamtes stellt diese Zahl den höchsten Stand der Erwerbstätigkeit seit der Wiedervereinigung dar. Die größten Beschäftigungsgewinne im Vorjahresvergleich gab es weiterhin bei den Un-

ternehmensdienstleistern mit einem Plus von 189.000 Menschen (+3,6%), gefolgt von Handel, Verkehr und Gastgewerbe mit zusammen +138.000 Erwerbstätigen (+1,5%).

Büro Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/227-71322
Fax: 030/227-76932

Email: andreas.mattfeldt@bundestag.de
Internet: www.andreas-mattfeldt.de
Redaktion: Tatjana Range